

Trumps schockierender Angriff auf die Freiheit

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Glenn Greenwald (GG): Wir haben natürlich über den außergewöhnlichen Angriff auf die Redefreiheit berichtet, der von der Trump-Administration eingeleitet wurde, insbesondere über die Verhaftung eines Studenten der Columbia University durch Homeland Security, der im Besitz einer Green Card war, welche ihm eigentlich einen dauerhaften Aufenthaltsstatus verleihen sollte. Diesen Status hat er, weil er mit einer US-amerikanischen Staatsbürgerin verheiratet ist, die im achten Monat schwanger ist. Und er wurde verhaftet – nicht, weil er eines Verbrechens angeklagt oder beschuldigt wurde, sondern weil das Außenministerium unter Marco Rubio im Geheimen und ohne Verfahren und ohne Vorlage von Beweisen seine Green Card für ungültig erklärt hat. Und in dem Moment, in dem sie dies taten, erklärten sie seinen Aufenthalt auf US-amerikanischem Boden für illegal und schickten ICE-Agenten, um ihn zu verhaften. Derzeit findet dazu eine Gerichtsverhandlung statt. In der Zwischenzeit gibt es eine einstweilige Verfügung, die seine Abschiebung verhindert. Aber es gibt auch alle anderen Arten von Studenten, die ins Visier der Behörden geraten und verhaftet werden. Ein zweiter Student wurde heute in Columbia festgenommen. Solche Angriffe auf die Redefreiheit, die Verhaftung und Abschiebung von Menschen, die sich aufgrund ihrer Ansichten zu Israel oder ihres Protests und Aktivismus gegen den Krieg Israels oder gegen die Finanzierung und Bewaffnung dieses Krieges durch die Biden-Regierung illegal in den Vereinigten Staaten aufhalten, haben natürlich schwerwiegende Folgen. Wir haben die ganze Woche damit verbracht, diese Vorfälle zu analysieren.

Heute kam es jedoch zu einer viel ernsteren Escalation, die ich, ehrlich gesagt, nicht erwartet hatte und die mich wirklich erschreckt. Anstatt Ihnen davon zu erzählen, möchte ich Ihnen einfach den Brief zeigen, der von drei verschiedenen Regierungsbehörden innerhalb der Trump-Administration, dem Department of Education der Vereinigten Staaten, dem Department of Health and Human Services sowie der General Services Administration. Dieses Schreiben wurde an die Columbia University geschickt. Hier sehen Sie den Brief. Er ist vom 13. März und an die Interimspräsidentin der Columbia University, Katrina

Armstrong, sowie an David Greenwald adressiert. Zumindest soweit ich weiß, besteht keine Verwandtschaft meinerseits. Außerdem geht der Brief an Claire Shipman, eine der Vorsitzenden des Kuratoriums der Columbia University. Ich denke, wenn ich einen Verwandten hätte, der einer der Vorsitzenden des Kuratoriums der Columbia University wäre, wüsste ich das, aber das ist nicht der Fall. Wie auch immer, dies ist ein Brief, der an sie geschickt wurde, und darin steht Folgendes, Zitat: "Bitte betrachten Sie dies als eine formelle Antwort auf die aktuelle Situation auf dem Campus der Columbia University und als eine Fortsetzung unseres Schreibens vom 7. März 2025, in dem wir Sie darüber informierten, dass die Regierung der Vereinigten Staaten die Bundesfinanzierung aussetzen oder einstellen würde. Seit diesem Datum hat Ihr Rat darum gebeten, die ‚nächsten Schritte‘ zu besprechen" Zitat Ende. Und hier sind die nächsten Schritte. In dem Schreiben heißt es, dass die US-Steuerzahler in Colleges investieren, und deshalb möchten wir Ihnen sagen, dass Sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen müssen, um überhaupt mit uns über die Möglichkeit einer Wiederherstellung Ihrer Finanzierung sprechen zu können. Und nur zur Erinnerung: Der Grund, warum die Regierung der Vereinigten Staaten Universitäten finanziert, ist nicht, dass sie die Gehälter der Professoren bezahlt. Der Grund ist, dass dort viel Forschung stattfindet. Forschung in den Naturwissenschaften, Forschung auf dem Gebiet der Technologie, der Medizin, in allen möglichen Bereichen. Gefördert werden Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen. Menschen, die nicht aus extrem wohlhabenden Familien stammen, können aufgrund ihrer Leistung an unseren besten Hochschulen studieren. Und das ist der Hebel, das Druckmittel, mit dem die US-Regierung jetzt zum ersten Mal seit sehr langer Zeit nicht nur den Universitäten vorschreibt, wie sie ihre Studenten behandeln sollen, sondern sie sogar dazu zwingt, ihre Lehrpläne so zu ändern, dass sie mit der Ideologie der derzeitigen Regierung übereinstimmen.

Besonders wird es Sie nicht überraschen, wenn Sie erfahren, dass im Studiengang „Middle East Studies“ an der Columbia University, in dem der Naher Osten, der israelisch-palästinensische Konflikt und andere brisante politische Themen im Nahen Osten behandelt werden, die Columbia University dazu verpflichtet ist, genau das zu tun, was die US-Regierung verlangt, und zwar als Voraussetzung dafür, überhaupt über die Möglichkeit einer Wiederherstellung ihrer Finanzierung zu sprechen. Erstens: „Bestehende Disziplinarrichtlinien durchsetzen. Die Universität muss Disziplinarverfahren für Hamilton Hall und die Protestcamps abschließen. Eine sinnvolle Disziplinarmaßnahme bedeutet Ausschluss oder mehrjährige Suspendierung.“ Sie verlangen also, dass jeder, der an dem Protestcamp gegen den Krieg in Israel, den Krieg in Gaza durch Israel oder den Protest in Hamilton Hall teilgenommen hat, entweder ausgeschlossen oder für mehrere Jahre suspendiert wird. Ist das Ihrer Meinung nach die Art von Dingen, die die Bundesregierung tun sollte? Mikromanagement von Privatuniversitäten in den Vereinigten Staaten, Mikromanagement ihrer studentischen Disziplinarentscheidungen? Der nächste Punkt auf der Aufzählung: „Vorrang des Präsidenten in Disziplinarangelegenheiten. Abschaffung des Universitätsgerichts und Zentralisierung aller Disziplinarverfahren unter dem Amt des Präsidenten. Und Ermächtigung des Amtes des Präsidenten, Studenten mit einem Berufungsverfahren durch das Amt des Präsidenten zu suspendieren oder auszuschließen.“

Sie diktieren also tatsächlich die bürokratische Struktur des Disziplinarverfahrens für Studierende an der Columbia.

Und natürlich beobachtet jede andere Schule im Land sehr genau, was die US-Regierung mit der Columbia macht. Ein Teil des Punktes ist es, ihnen dann zu signalisieren, was sie ebenfalls tun müssen, es sei denn, sie wollen wie die Columbia unter die Lupe der US-Regierung genommen werden. Der nächste Punkt auf der Liste: „Regeln für Zeit, Ort und Art und Weise. Einführung dauerhafter umfassender Regeln für Zeit, Ort und Art und Weise, um Störungen des Lehr-, Forschungs- und Campuslebens zu verhindern.“ Mit anderen Worten: Zonen für freie Meinungsäußerung, wie die US-Regierung sie genannt hat. Kurz gesagt: Wenn man protestieren möchte, kann man das tun. Man kann dies von 8 bis 9:30 Uhr und dann von 17 bis 18:30 Uhr tun, aber nur in diesem eingezäunten Bereich hier drüben. Auf diese Weise wird vorgegeben, Demonstrationen zuzulassen, aber gleichzeitig sichergestellt, dass die Demonstrationen unsichtbar oder so unbedeutend sind, wie es die Regierung wünscht. Der nächste Punkt auf der Liste: „Maskenverbot. Verbot von Masken, die dazu gedacht sind, die Identität zu verbergen oder andere einzuschüchtern. Mit Ausnahmen aus religiösen und gesundheitlichen Gründen muss jede maskierte Person ihren Columbia-Ausweis außen an der Kleidung tragen. Dies ist bereits die Richtlinie im Columbia's Irving Medical Center.“ Man hat also kein Recht, anonym an Demonstrationen teilzunehmen. Man muss jederzeit identifizierbar sein, damit die Regierung, wenn sie will, einen für die Teilnahme an dieser Demonstration bestrafen kann, ohne Probleme zu haben, einen zu identifizieren. Sie verwenden dazu Gesichtserkennungstechnologie, die mittlerweile extrem ausgefeilt und allgegenwärtig ist. Ich weiß nicht, ob einige von Ihnen das wissen, aber wenn man an verschiedenen Einreisepunkten in den Vereinigten Staaten ankommt, auch am Flughafen, zeigt man seinen Reisepass nicht mehr wie früher beim Zoll vor. Man geht einfach durch, stellt sich etwa eine Sekunde lang vor die Kamera und alle Informationen, die sie über einen wissen wollen, Name, Geburtsdatum, Wohnort, Aufenthaltsort, werden sofort auf der Grundlage der Gesichtserkennung angezeigt, und zwar einfach deshalb, weil alle unsere Gesichter in einer Datenbank gespeichert sind. Und so ist die Anforderung, dass man sein Gesicht nicht bedecken darf, wenn man an einer politischen Protestaktion teilnehmen möchte – sie soll sicherstellen, dass die Regierung jeden identifizieren kann, der noch teilnimmt, auch wenn es nicht auf ihrem Grundstück ist, wenn es auf einem Privatgrundstück wie der Columbia ist.

Nächster Punkt: „Einen Plan vorlegen, um alle Studentengruppen zur Rechenschaft zu ziehen. Anerkannte Studentengruppen und Einzelpersonen, die als konstituierende Mitglieder nicht anerkannter Gruppen agieren oder diese unterstützen, die gegen die Universitätsrichtlinien verstößen, müssen durch formelle Untersuchungen, Disziplinarverfahren und gegebenenfalls durch Ausschluss zur Rechenschaft gezogen werden.“ Hier ist der nächste Punkt: „Formulierung, Annahme und Verkündung der Antisemitismus-Definition. Die Anweisung 13899 von Präsident Trump verwendet die IHRA-Definition.“ Das ist die Definition, die radikal und aggressiv ausgedehnt wurde. Sie wurde von der israelischen Regierung verkündet und enthält eine ganze Liste von Kritikpunkten an Israel, die nun offiziell als Antisemitismus deklariert werden. Viele Staaten

in Europa haben diese erweiterte Definition übernommen, und nun gehören zu den Beispielen für Antisemitismus auch Aussagen wie, dass Israel ein rassistisches Projekt sei, oder der Vergleich Israels mit dem, was die Nazis getan haben, oder die Anwendung sogenannter Doppelstandards auf Israel, die man auf andere Länder nicht anwendet – all dies wird nun offiziell als Antisemitismus angesehen. Nach der von Präsident Trump übernommenen Definition ist dies auch die Definition, die das Repräsentantenhaus im vergangenen Jahr auf Anweisung von Trump übernommen hat, um die Definition von Antisemitismus radikal zu erweitern und es auf dem Campus von Hochschulen im Wesentlichen illegal zu machen, eine ganze Reihe von Kritikpunkten an Israel zu äußern.

In dem Brief heißt es weiter: „Antizionistische Diskriminierung von Juden in Bereichen, die nichts mit Israel oder dem Nahen Osten zu tun haben, muss angegangen werden.“ Keine antizionistischen Äußerungen mehr erlaubt, keine antizionistischen Demos mehr, die nichts mit Israel oder dem Nahen Osten zu tun haben. Es ist so ironisch, dass es sich um dieselbe Bewegung handelt, die mindestens ein Jahrzehnt lang endlos über den Woke-ismus an Colleges gejammert hat und darüber, wie er dazu benutzt wird, die zulässigen oder unzulässigen Äußerungen auf dem Campus einzuschränken, und die jetzt nicht nur gesellschaftlichen Druck oder sogar administrative Maßnahmen einsetzt, wie es die Liberalen in den letzten 10 Jahren auf dem Campus getan haben. Sie nutzen die Macht des Staates, insbesondere Homeland Security, um unseren privaten Universitäten, unseren einflussreichsten und renommiertesten Universitäten in der Ivy League und anderswo, vorzuschreiben, was auf dem Campus gesagt werden darf und was nicht und welche Art von Disziplinarmaßnahmen und Strafen für diejenigen erforderlich sind, die dagegen verstößen.

Nächster Punkt: „Interne Strafverfolgungsbehörden stärken. Die Universität muss sicherstellen, dass die Sicherheitskräfte der Columbia University über umfassende Strafverfolgungsbefugnisse verfügen, einschließlich der Verhaftung und Entfernung von Unruhestiftern, die ein unsicheres, feindseliges Arbeits- oder Studienumfeld fördern oder anderweitig den Unterricht oder das Funktionieren der Universität stören.“ Und dann kommt hier wohl das Bemerkenswerteste, die größte Einschränkung der akademischen Freiheit: der Versuch der Regierung, zu kontrollieren, was Professoren an privaten Universitäten lehren dürfen und was nicht. Das Konzept der akademischen Grundfreiheit ist, dass man studiert und die Fakultätsmitglieder akademische Freiheit und eine Festanstellung haben, gerade weil sie in der Lage sein sollen, alles in Frage zu stellen, über alles zu sprechen und alles zu lehren. Akademische Einrichtungen haben nur dann einen Wert, wenn sie ein freier Ort für unbegrenzten Diskurs sind. Das ist einer der Gründe, warum ich so gegen die liberalen Versuche bin, einzuschränken, was gelehrt werden darf, was gesagt werden darf, welche Ideen in der Wissenschaft geäußert werden dürfen, denn sowas zerstört die Wissenschaft. Und das gilt mindestens genauso, wahrscheinlich sogar noch mehr, wenn die Regierung solche Dinge tut. Was das Department für Nahost-, Südasiens- und Afrikastudien, MESAAS-Department, betrifft, so verlangt die Regierung von Columbia, diese Abteilung unter, Zitat, „akademische Zwangsverwaltung“ zu stellen. Und hier ist der relevante Wortlaut: „Beginn des Prozesses, das Department für Nahost-, Südasiens- und Afrikastudien für maximal fünf Jahre unter akademische Zwangsverwaltung zu stellen. Die Universität muss

bis zum Stichtag 20. März 2025 einen vollständigen Plan mit bestimmten Terminen vorlegen.“

Wir werden gleich mit unserem Gast Alex Abdo über all das sprechen, auch darüber, was es genau bedeutet, wenn man ein akademisches Programm an einer Universität unter Zwangsverwaltung stellt, aber im Wesentlichen ist es dazu gedacht, das gesamte Management und den Betrieb dieser Abteilung einzuschränken und unter externe Kontrolle zu stellen. Diese Abteilung, das Middle East Studies Department an der Columbia, ist seit langem ein Hauptziel für israelische Fanatiker in den Vereinigten Staaten. Es ist zum Beispiel der Ort, an dem Bari Weiss ihren Anfang nahm, wie wir Ihnen gleich an der Columbia zeigen werden. Ich habe darüber geschrieben, als die New York Times Bari Weiss einstellte: *Die neueste Meinungskolumnistin der New York Times, Bari Weiss, verkörpert ihre schlimmsten Fehler und ihren Mangel an Meinungsvielfalt.* Und ich habe darin beschrieben, wie sie unter dem Deckmantel der Meinungsvielfalt tatsächlich jemanden eingestellt haben, Bari Weiss, die ihre Zeit am College, insbesondere an der Columbia, damit verbracht hat, Professoren wegen des Verbrechens, Israel zu sehr zu kritisieren, zu feuern, in der Regel natürlich arabische oder muslimische Professoren. Sie ist die Königin der Redefreiheit und des freien Diskurses im Kampf gegen den Illiberalismus, wie sie es nennt. Israel-Fanatiker in den USA träumen schon lange davon, die Kontrolle darüber zu erlangen, was an der Columbia University über den Nahen Osten gelehrt wird. Und genau das versucht die Trump-Regierung jetzt zu tun, und es gelingt ihr auch.

Abschließend steht in dem Brief: „Legen Sie einen Plan für eine umfassende Zulassungsreform vor. Der Plan muss eine Strategie zur Reform der Zulassung von Studierenden, der internationalen Rekrutierung und der Zulassung von Absolventen enthalten, die mit dem Bundesrecht und den Richtlinien übereinstimmt. Wir erwarten, dass Sie diese entscheidenden nächsten Schritte unverzüglich umsetzen.“ Auf der Rechten stehen also all diese Leute, die sich so lange über Versuche beschwert haben, die Redefreiheit im Allgemeinen einzuschränken, aber insbesondere die Redefreiheit auf Universitätsgeländen einzuschränken, um bestimmte Minderheitengruppen zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten. Zwei Monate nach ihrem Amtsantritt nutzen sie jeden verfügbaren Einfluss der Bundesregierung, um zu versuchen, die akademische Welt und private Universitäten zu kontrollieren. Und natürlich konzentrieren sie sich vor allem darauf, was über Israel gesagt werden darf und was nicht. Es ist kein Zufall, dass Miriam Adelson, die wir vor der Wahl in einer ganzen Sendung unter die Lupe genommen haben, 100 Millionen Dollar für die Trump-Kampagne gespendet hat. Es ging genau um solche Dinge. Diese Maßnahmen werden ergriffen, weil es Umfragedaten gibt, die wir Ihnen Anfang dieser Woche gezeigt haben und die belegen, dass die Unterstützung für Israel in den Vereinigten Staaten auf einem historischen Tiefstand ist. Das ist nicht überraschend. Die Menschen sehen seit anderthalb Jahren zu, wie Israel mit in Amerika hergestellten Waffen und mit amerikanischem Geld, durch das alles finanziert wurde, Kinder, Familien, Schulen, Moscheen und Krankenhäuser in die Luft jagt. Es ist also nicht überraschend, die Menschen haben dies auf Plattformen wie TikTok mitverfolgt, deshalb dachten sie über ein Verbot von TikTok nach und setzten es schließlich auch durch – es ist ein verzweifelter Versuch, die Welle der schwindenden

Unterstützung für Israel aufzuhalten. Und die beiden Orte, an denen sie glauben, dass dies am meisten geschieht, sind online und in akademischen Einrichtungen. Und genau das ist es, worauf sie abzielen. Hier ist der stellvertretende Justizminister Todd Blanche vom Justizministerium, wo auch Präsident Trump sprach, und Theorien darüber äußert, wie sie noch weiter eskalieren werden, sowie über ihren Versuch, die Kontrolle über die Columbia zu erlangen, um Menschen, die an Protesten gegen Israel teilnehmen, mit Terrorismusgesetzen zu bestrafen. Nicht einmal Bush und Cheney haben das versucht. Hier ist, was er zu sagen hatte.

Todd Blanche: Der Präsident versprach, dass wir unter seiner Führung nicht länger tatenlos zusehen werden, wie Universitäten Antisemitismus und die Unterstützung des Terrorismus auf dem Campus tolerieren und fördern.

GG: Nur um das klarzustellen: Unabhängig davon, wie Sie zu all dem stehen, verspricht die Regierung der Vereinigten Staaten, Antisemitismus auf dem Campus zu verbieten. Genau das ist es, was die amerikanische Rechte seit Jahren anprangert. Die Idee, dass, oh, wenn man glaubt, dass bestimmte Reden oder Aktivitäten als rassistisch oder fremdenfeindlich oder transphobisch oder islamfeindlich oder frauenfeindlich eingestuft werden können, bedeutet das, dass man siezensieren kann. Und jetzt drehen sie sich um und sagen: Oh ja, all diese Behauptungen, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Transphobie, das ist alles Unsinn, aber Antisemitismus, das ist die wahre Bigotterie, und wir brauchen die Regierung, die einschreitet und dem ein Ende setzt, indem sie die Meinungsfreiheit auf die Art und Weise einschränkt, wie wir es Ihnen in diesem Brief an der Columbia gezeigt haben. Und natürlich ziehen auch andere Universitäten dies in Betracht. Es gibt bereits Berichte darüber, dass die UCLA an ihrer Fakultät für öffentliche Gesundheit eine Lehrveranstaltung über die Gesundheitskrise durch den israelischen Krieg in Gaza für Palästinenser absagt – keine Lehrveranstaltungen darüber, keine Prüfungen dazu, keine Erlaubnis für Professoren der Fakultät für öffentliche Gesundheit, einen Kurs über eine der schlimmsten humanitären Katastrophen auf dem Planeten und die gesundheitlichen Auswirkungen davon zu unterrichten, nur weil es die Trump-Regierung verärgern könnte. Und es muss sichergestellt werden, dass die Lehrpläne an all unseren Universitäten mit der Ideologie der Trump-Regierung übereinstimmen, insbesondere mit ihrem pro-israelischen Fanatismus, der von einer großen Anzahl von Menschen in der gesamten Regierung erzeugt wird, die Israel verehren, Israel ergeben sind, Israel treu ergeben sind und jeden Arm der Regierung nutzen wollen, um sicherzustellen, dass alle anderen ähnliche Loyalitäten haben, einschließlich der Zensur auf unseren akademischen Campus. Und dann das als Terrorismus zu bezeichnen, zu sagen, dass man, wenn man gegen Israel protestiert, wenn man seine Ablehnung des Krieges in Israel zum Ausdruck bringt, wenn man glaubt, dass der zionistische Staat das ist, was auch immer man als Amerikaner sagen will... man hat das Recht zu sagen, was man will – wenn man sich als Inhaber einer Green Card oder eines Studentenvisums legal auf amerikanischem Boden befindet, hat man dieses Recht auch – zu sagen, dass sie Völkermord begehen oder rassistisch sind, egal was man sagen will. Man kann sagen, dass die Vereinigten Staaten rassistisch sind. Man kann sagen, dass China rassistisch ist. Man kann sagen, dass der Iran ein Terrorstaat ist. Genauso kann man das natürlich auch über Israel sagen. Aber die

Trump-Regierung, wie Sie gerade gehört haben, will das jetzt als Befürwortung des Terrorismus charakterisieren und Terrorismusgesetze gegen Menschen an amerikanischen Universitäten anwenden, die Israel kritisieren.

The Atlantic berichtet über die Eskalation: Es gibt bereits einen zweiten Namen auf Marco Rubios Abschussliste. Marco Rubio hat versprochen, dass es noch viele weitere Namen geben wird. Hier sehen Sie, dass die Trump-Administration neben Mahmoud Khalil einen weiteren Green-Card-Inhaber identifiziert hat, der abgeschoben werden soll. Und ich möchte vorsichtig sein, wie ich das sage, denn ich möchte keine Dinge preisgeben, die ich nicht offenlegen sollte, aber im Rahmen unserer Berichterstattung über die Protestbewegungen, die daran beteiligten Studenten und dergleichen und die beteiligten Studentengruppen haben wir von vielen Menschen gehört, die von ihren verfassungsmäßigen Rechten auf Protest Gebrauch gemacht haben. Sie werden nicht wegen irgendwelcher Verbrechen angeklagt, aber sie leben in großer Angst, dass sie jetzt von ICE, vom Homeland Security, vom FBI ins Visier genommen werden – auch amerikanische Staatsbürger, denn ein Teil des Versprechens der Trump-Regierung besteht darin, dass Menschen, die gegen Israel protestieren, nicht nur abgeschoben, sondern auch inhaftiert werden. Sie erwägen, dafür die Terrorismusgesetze anzuwenden. Und natürlich herrscht große Angst. Und das ist die Absicht dahinter: Wenn ihr wisst, was gut für euch ist, und keinen Ärger wollt, dann haltet den Mund, wenn es um Israel geht. Keine Kritik an Israel, keine Infragestellung unserer Finanzierung Israels. Dafür ist das alles gedacht. Und das von einer politischen Partei, die noch vor drei Wochen gejubelt hat, als J.D. Vance nach Europa reiste und die Europäer dafür kritisierte, dass sie durch die Einführung von Zensurregimen Krieg gegen liberale und europäische Werte führen. Das ist unendlich mal schlimmer als alles, was Europa getan hat. Unendlich mal schlimmer.

Hier ist eine Meldung von Axios von heute, und dies wurde von mehreren Medien im ganzen Land berichtet: Columbia verweist Studenten, die an der Übernahme des Gebäudes bei den Protesten 2024 beteiligt waren. Hier von AP. Auch das war letzte Woche: Angesichts der Drohungen von Trump untersucht Columbia Studenten, die Israel kritisieren. Zitat: „Maryam Alwan, Studentin im letzten Studienjahr an der Columbia University, besuchte in den Winterferien ihre Familie in Jordanien, als sie eine E-Mail von der Universität erhielt, in der sie der ‚diskriminierenden Belästigung‘ beschuldigt wurde.“ Ihr vermeintlich schwerwiegenderstes Vergehen? Was ist das Vergehen, das die Trump-Administration und das Heimatschutzministerium dazu veranlasst hat, sie über die Einleitung einer förmlichen Untersuchung zu informieren? „Einen Gastkommentar in der Studentenzeitung zu schreiben, in dem die Desinvestition aus Israel gefordert wurde.“ Tatsächlich war dies eine E-Mail, in der die Schule sie beschuldigte, was offensichtlich auf Druck der Trump-Administration und deren Drohungen geschah. Ihr Vergehen bestand darin, dass sie in einem Gastbeitrag in der Studentenzeitung für die Veräußerung von Universitätsgeldern aus Israel plädierte.

Wenn Sie auch nur eine kurze Zeit lang als Verfechter der Redefreiheit oder als Gegner der Zensur aufgetreten sind und jetzt an einem Punkt angelangt sind, an dem Sie dies unterstützen oder es Sie nicht mehr stört, dann geben Sie diesen Betrug, diese Täuschung bitte einfach auf. Die AP fuhr fort: „Im Fall Alwan sagten Ermittler, dass der nicht

unterzeichnete Leitartikel im Columbia Spectator, in dem die Schule auch aufgefordert wurde, die akademischen Beziehungen zu Israel einzuschränken, andere Schüler aufgrund ihrer Religion, ihrer nationalen Herkunft oder ihres Militärdienstes einem, Zitat, „unerwünschten Verhalten“ ausgesetzt haben könnte. Sie versprachen eine gründliche Untersuchung mit Sanktionen, die von einer einfachen Verwarnung bis zum Ausschluss reichten.“ Mit anderen Worten: Die Universität behauptet, dass es sich um Belästigung handelte, wenn sich jemand durch diesen Kommentar unwohl fühlte, da sie Ansichten äußerte, die Unterstützer Israels als unangenehm empfanden. Dies ist genau die Art von Dingen, die von der Trump-Regierung bewusst gefördert werden. Sie haben genau das versprochen und sie haben es getan. Ich freue mich sagen zu können, dass es einige Gruppen gibt, die sich dagegen gewehrt haben, darunter Fire.org, die sich zu einem aggressiven Verfechter der Redefreiheit entwickelt haben und sowohl konservative Studenten verteidigen, die Ziel von Zensur waren, als auch palästinensische Gruppen, die schon lange ins Visier genommen werden. Und es ist wichtig, dass jeder, der vorgibt, an die Redefreiheit zu glauben, auch bereit ist, dafür einzustehen.

Vielen Dank, dass Sie sich diesen Clip von System Update angesehen haben, unserer Live-Show, die jeden Montag bis Freitag um 19 Uhr Eastern Time exklusiv auf Rumble ausgestrahlt wird. Sie können die vollständigen abendlichen Shows live mitverfolgen oder die bereits ausgestrahlten Episoden kostenlos auf unserer Rumble-Seite ansehen. Sie können die vollständigen Episoden auch am Morgen nach der Ausstrahlung auf allen großen Podcasting-Plattformen, einschließlich Spotify und Apple, finden. Alle Informationen, die Sie benötigen, sind unten verlinkt. Wir hoffen, Sie dort zu sehen.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail: PayPal@acTVism.or
g

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVIs>
m

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.

Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org
